

„Aussteigen ist keine Option“

NEU-ANSPACH Stefan Ziegele möchte als Einzelkämpfer die Interessen der FDP vertreten

Eigentlich wollte Stefan Ziegele in seinem Ruhestand Spanisch lernen, viel Radfahren und sich intensiv der Fotografie widmen. Auf drei DIN-A4-Seiten hatte der Anspacher genau ausformuliert, wie er seine Tage künftig gestalten wollte. Jetzt aber sitzt der 67 Jahre alte Volkswirtschaftler, der bis 2018 als Statistiker in einer Marktforschungsgesellschaft tätig war und 300 Mitarbeiter weltweit geführt hat, acht Stunden täglich in seinem Arbeitszimmer, um sich auf seine ehrenamtliche Tätigkeit als FDP-Stadtverordneter vorzubereiten. „Das ist schon ein richtiger Job“, meint der Neuling im Hinblick auf die konstituierende Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag und lacht. „Meine Frau hat auch schon festgestellt, dass ja alles wieder viel früher ist.“

Das Wort „perfektionistisch“ mag Ziegele nicht so gerne, aber er gibt zu, dass er sich in den vergangenen Wochen sehr viel Arbeit gemacht hat. „Ich möchte gut vorbereitet sein“, sagt der Politiker, der sich bereits intensiv mit der Hessischen Gemeindeordnung, dem Kommunalrecht, dem Wahlgesetz, dem Baurecht, den Satzungen der Stadt und der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung beschäftigt hat. Aber auch damit, wie Anträge gestellt werden und wie der Umgang gepflegt wird.

Einarbeitung noch nicht beendet

„Und meine Einarbeitung ist noch nicht zu Ende.“ Gerade lernt er, den Haushaltsplan zu lesen und zu interpretieren und auf seine Tücken und Fallen hin durchzuarbeiten. Das ist nicht ganz einfach, wie er zugibt. „Aber da muss ich mich fitmachen.“ Manchmal fühle er sich wieder wie auf der Schulbank. Dazu passt auch folgende Feststellung: „Es ist nicht alles spannend, aber doch notwendig.“

Eine große Hilfe ist Ziegele dabei der ehemalige FDP-Fraktionsvorsitzende Rudolf Kretzschmar, der ihm bereits im Wahlkampf

„über die Sache“ zu einem Freund geworden ist und den er auch jetzt noch jederzeit anrufen kann, wenn er eine Frage hat. „Er hat mich in unsagbarer Weise unterstützt, und das hat viel Spaß gemacht.“ Aber auch die Fraktionsvorsitzenden der anderen Parteien hätten ihm ihre Hilfe angeboten, berichtet er.

Begehrlichkeiten abgeblockt

Nur ihre Hilfe? Ziegele grinst und meint: „Es gab auch Angebote zur Zusammenarbeit.“ Er habe aber alle Begehrlichkeiten abgeblockt und erklärt, seinen Weg als Einzelkämpfer gehen zu wollen – anders als FDP-Mann Klaus Becker, der sich in der vergangenen Wahlperiode der CDU angeschlossen hatte. „Ich möchte sichtbar sein und mir die Zeit nehmen, mich in meiner unabhängigen Rolle zurechtzufinden“, sagt er. „Und ich möchte die Ziele der FDP realisiert sehen.“ Aussteigen sei deshalb keine Option, sagt Ziegele und verweist auf den Wählerauftrag, den er bekommen hat. „Dafür bin ich zu loyal.“

Er wolle künftig bei Themen, die ihm wichtig seien, Unterstützer in den anderen Fraktionen suchen, Überzeugungsarbeit leisten, nach einer Einarbeitung auch eigene Anträge stellen und angesichts der wechselnden Mehrheiten im Parlament auch mal das Zünglein an der Waage spielen. Ziegele ist, was die Zusammenarbeit angeht, zuversichtlich für die Zukunft. Die CDU habe die meisten Sitze, der Rest sei nahe beieinander, stellt er fest: „Das fördert Vielfalt, denn es muss immer zu dritt entschieden werden.“

Wichtig sei der FDP künftig beispielsweise die Baupolitik, sagt der Parteivorsitzende und spricht sich für eine Vielfalt an Wohnmöglichkeiten aus. Angesichts der großen Nachfrage müsse es einen guten Querschnitt an Ein- und Mehrfamilienhäusern, aber auch an bezahlbarem Wohnraum und an höherpreisigen Projekten wie Karat 5 geben. 17000 bis 18000 Einwohner seien das Ziel.

Ziegele hadert noch immer mit dem Wahlergebnis. Weil die FDP nur 4,3 Prozent der Stimmen und ein Mandat erhielt, hat sie keinen Fraktionsstatus. Der Wahlkampf sei nicht schuld gewesen, stellt er fest, denn auf Anzeigen, Gespräche und Facebook-Auftritte habe er eine positive Resonanz bekommen. „Das Feedback war gut.“ Doch ein Problem sei sicher gewesen, dass die FDP nur mit 10 statt mit 13 Kandidaten angetreten sei. „Wir haben dadurch Stimmen verloren und hätten sonst 5,1 Prozent erzielt“, rechnet er vor. Auch sei er wohl ein bisschen zu spät in die Öffentlichkeit getreten, sagt Ziegele und erinnert an den Wechsel an der Parteispitze. Zudem seien die Ziele der FDP nicht rübergekommen. „Sie waren nicht spezifisch genug.“

Es wird nicht einfach für ihn, das ist auch dem Kommunalpolitiker klar. „Wenigstens muss ich nicht noch in den Magistrat“, sagt er und schmunzelt. Trotzdem: Anders als in anderen Fraktionen, wo sich die Mitglieder die Aufgaben teilen, muss sich Ziegele auf jede Ausschuss- und Parlaments-sitzung vorbereiten und sich immer wieder neu in Themen, die mitunter auch schon eine längere Historie haben, einarbeiten. Dafür wird es auch nötig sein, alte Protokolle zu lesen. „Ich muss ja wissen, wofür ich stimme“, stellt er fest. Doch Ziegele setzt auch auf die Hilfe eines außerparlamentarischen Arbeitskreises aus sechs, sieben Parteimitgliedern, der sich vor der Stadtverordnetenversammlung zusammensetzt und gemeinsam berät. „Ich möchte das Ohr für die Partei sein.“

Hoffen auf einen Platz am Tisch

Aber natürlich auch das Sprachrohr, und dafür ist es Ziegele wichtig, dass die FDP, die keinen Anspruch auf einen Sitz in den Ausschüssen und damit auch kein Stimmrecht hat, wenigstens Rederecht bekommt. „Ich hoffe auf einen Platz am Tisch“, meint er, „alles andere wäre wirklich frustrierend.“

ANJA PETTER



Neuling und Einzelkämpfer in der Stadtverordnetenversammlung: Obwohl Stefan Ziegele seit 2018 im Ruhestand ist, verbringt er seit einigen Monaten wieder viel Zeit in seinem Arbeitszimmer. FOTO: PETTER

Konstituierende Sitzung am Donnerstag – Wie groß werden die Ausschüsse?

Elf Sitze für die CDU, sieben für die SPD, sechs für die Grünen, fünf für die b-now, vier für die FWG-UBN, drei für die NBL und einen für die FDP – so haben die Wähler bei der Kommunalwahl am 14. März entschieden. Am kommenden Donnerstag, 22. April, findet nun ab 20 Uhr die konstituierende Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Bürgerhaus, Gustav-Heinemann-Straße, statt. Dann werden die Parlamentarier einen neuen Stadtverordnetenvorsteher und dessen Stellvertreter wählen, und da die CDU als stärkste Fraktion erneut Holger Bellino vorschlagen wird, kann davon ausgegangen werden, dass der alte auch der neue Erste Bürger von Neu-Anspach wird. Die Politiker werden aber auch über die Größe der Ausschüsse entscheiden. Laut Vorlage von Bürgermeister Thomas Pauli (SPD) soll diese auf neun reduziert werden, doch damit ist nicht jeder einverstanden, wie Bellino auf Anfrage berichtet. Die CDU

werde den Antrag stellen, auf zehn Mitglieder zu erweitern, damit die Grünen einen zweiten Sitz bekommen. „Damit sind wir näher an der spiegelbildlichen Abbildung des Wahlausgangs dran“, findet der CDU-Politiker und geht davon aus, dass die Mehrheit dies ebenfalls so sieht. Bei den Grünen ist das natürlich der Fall. „Warum es plötzlich eine Reduzierung auf neun Mitglieder geben soll, wissen wir nicht“, meint Fraktionschefin Regina Schirner. „Wir sehen damit nicht, dass dies das politische Meinungsbild oder auch den Wählerwillen widerspiegelt.“ Die Grünen wollten ihre Arbeit gerne mit einem zweiten Ausschuss-Sitz bekräftigen. Ziel von Grünen und CDU ist es bekanntlich ebenfalls, den in der vergangenen Wahlperiode abgeschafften Umweltausschuss neu zu installieren. Das soll ebenfalls bereits am Donnerstag beantragt werden. Aufgabe des neuen Parlaments wird es auch sein, Vertreter für die verschiedenen Ver-

bandsversammlungen und natürlich die ehrenamtlichen Stadträte zu wählen. Hier haben die Parteien bereits Wahlvorschläge erarbeitet. Erster Stadtrat, also Vertreter des Bürgermeisters, wird der Bewerber des Wahlvorschlags, der die meisten Stimmen erhält. An der Größe des Magistrats soll sich nichts ändern. Dieser besteht aus zehn Mitgliedern sowie dem Rathauschef. Drei Sitze entfallen hier auf die CDU, jeweils zwei auf SPD und Grüne und jeweils einer auf b-now, FWG-UBN und NBL. Die FDP darf, da sie keinen Fraktionsstatus hat, niemanden in den Magistrat entsenden. Das gilt auch für die Ausschüsse, in denen die Liberalen kein Stimmrecht haben. Der aller Voraussicht nach künftige Stadtverordnetenvorsteher wirbt aber dafür, dass sie ein Rederecht bekommen: „Alles andere wäre nicht im Sinne des Wählers“, findet Bellino. Die Liberalen müssten am Meinungsbildungsprozess teilhaben können. „Das ist politische Kultur, und das gehört sich so.“

pet